



Nr. 141 / 15.03.2022

Wir brauchen sofort eine Energiepreisbremse!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Spritpreise sind in nie gekannter Geschwindigkeit gestiegen, um bis zu 70 Cent innerhalb einer Woche! Auch der Strom und das Heizen werden spürbar teurer – dabei hatten wir in Deutschland im Vergleich auch schon vor Putins Angriff auf die Ukraine die höchsten Strompreise in Europa. Kurzum: Wir brauchen sofort eine Energiepreisbremse!

Mehr als 100 Euro für einen vollen Tank – viele können sich das nicht mehr bzw. kaum noch leisten. CDU und CSU fordern deshalb: Die Mehrwertsteuer auf Sprit und alle Energiesteuern müssen runter. Vor allem die Spritpreise müssen sofort sinken, um mindestens 40 Cent/Liter. Das geht am besten, indem wir die Mineralöl- und Mehrwertsteuer befristet (von 19 auf 7 %) absenken. Der Umweg über Rabattscheine, den Bundesfinanzminister Lindner nun vorschlägt, ist unnötige Bürokratie. Und die Tankstellenpächter müssten es vorfinanzieren – das können viele, vor allem freie Tankstellen gar nicht.

Lange hat die „Ampel“-Koalition tatenlos zugesehen, wie der Staat durch Steuern und Abgaben zum Preistreiber wird, weil er an den steigenden Preisen mitverdient. Nun herrscht bei der „Ampel“ mal wieder Uneinigkeit, ob und wie man die Bevölkerung entlasten sollte. Dabei hat Finanzminister Lindner kein Finanzierungsproblem; er muss einfach nur auf die Steuer-Mehreinnahmen aufgrund der gestiegenen Netto-Energiepreise verzichten. Und der Behauptung, die Senkung der Energiesteuern würde zu lange dauern, halte ich entgegen, dass es seinerzeit auch möglich war, innerhalb von Tagen milliardenschwere Rettungspakete für Griechenland zu beschließen.

Für zahlreiche Bürger gerade bei uns im ländlichen Raum, die auf das Auto angewiesen sind, um in die Arbeit, zum Arzt oder zum Einkaufen zu kommen, ist die Belastung zu hoch. Auch Handwerker und Unternehmen – besonders aus dem Transportgewerbe – befinden sich aufgrund der Einhaltung von Verträgen in einem finanziellen Dilemma. Und die Spediteure warnen wegen der hohen Spritkosten vor bald schon noch leereren Supermarkt-Regalen. Wir brauchen daher schnell einen Plan für Preisstabilität und Versorgungssicherheit.

Markus Söder hat völlig Recht: Es ist unmoralisch, dass der Staat an steigenden Energiepreisen mit der Mehrwertsteuer auch noch kräftig mitverdient. Die „Ampel“ ist deshalb politisch und moralisch in der Pflicht. Wir brauchen eine schnelle und spürbare Entlastung der Bürger! Die Bundesregierung muss jetzt handeln!

Herzlichst

Ihr
Alexander Hoffmann, MdB